

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1947-1949 1947**

21 (15.3.1947)

# UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN-UND WÜRTTEMBERG

2. Jahr Nr. 21

F

Samstag, 15. März 1947

Einzelpreis 20 Pfg.

Einheit der Arbeiterklasse - Einheit Deutschlands

## Begeisterter Empfang für Pieck und Grotewohl

Die Vorsitzenden der SED in Süddeutschland - Großkundgebung in Stuttgart

Stuttgart. (UT-Bericht.) Trotz heftiger Regenfälle strömten am Dienstag über 7000 Stuttgarter Werktätige in die Zirkusbauten von Althoff und Schulte, wo Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, die Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, als die berufenen Sprecher für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse und die Einheit Deutschlands sprachen. Die Ueberfüllung der Säle nahm solche Ausmaße an, daß die Polizei die Zugänge sperren mußte und Hunderte von Schaffenden nicht an der Versammlung teilnehmen konnten. Der Verlauf der Kundgebung zeigte, insbesondere da die Redner wiederholt durch minutenlange Beifallsstürme unterbrochen wurden, daß die arbeitenden Massen auch in Süddeutschland für die Beendigung des Bruderzwistes der beiden Arbeiterparteien und für den Aufbau eines friedlichen und geeinten Deutschland eintreten, für ein Deutschland, dem unter der Führung der deutschen Arbeiterklasse eine große Zukunft gewiß sein wird.

Genosse Albert Buchmann, der Landesvorsitzende der KPD Nordwürttembergs, eröffnete die Kundgebung und gab dem Gen. Otto Grotewohl das Wort zu einer Rede, die von der glühenden Bejahung der deutschen Zukunft und von dem festen Wissen um die Kraft der deutschen Arbeiterklasse getragen war. Gen. Grotewohl ging aus von dem Bericht des Kontrollrates über Entnazifizierung, Demokratisierung und Wirtschaftslage der einzelnen Besatzungszonen, der die Grundlage der Moskauer Besprechungen bildet. Ziel dieser Besprechungen müsse sein, wieder ein Gesamtdeutschland zu gestalten. Am deutschen Volke liege es hierzu seinen Beitrag zu leisten, indem es sich freimache vom krankhaft übersteigerten Nationalismus des Tausendjährigen Reiches. In Erkenntnis der auf den Schlachtfeldern Hitlers aufgehäuften Schuld gelte es, die auf den deutschen Namen gehäufte Schmach zu tilgen. Die Beschlüsse von Potsdam haben die Verantwortung des deutschen Volkes festgelegt. Doch sie haben gleichzeitig neuer Hoffnung Raum gegeben, indem sie aussprachen, daß nicht die Versklavung des deutschen Volkes beabsichtigt ist.

Auf unsere eigenen Anstrengungen kommt es an, wieder das Vertrauen der Völker zu erringen. Sie sind der Ausgangspunkt jeder aufrechten deutschen Politik. Es muß aber laut und deutlich gesagt werden, daß es nicht gerecht wäre, die Schuld der gegenwärtigen Generation auch noch im dritten und vierten Glied abblößen zu lassen. Die deutsche Jugend ist unschuldig. Sie hat keinen Mißbrauch getrieben. Sie ist mißbraucht worden. Wir müssen der Jugend zur Befreiung von nationalen Minderwertigkeitsgefühlen verhelfen.



Otto Grotewohl

Deshalb muß unser Volk über die Zonen- und Ländergrenzen hinweg vereint werden.

Nicht die Vereinigung von zwei oder drei Zonen kann das Problem lösen — wenn Deutschland überhaupt leben will, müssen die Grenzen aller vier Zonen fallen.

Denn es ist klar, daß nur eine solche Vereinigung ein erträgliches Lebensniveau in Deutschland gewährleisten kann. Nur so kann den Alliierten die Sicherheit für eine gesunde Politik gegeben werden; denn in einem hungernden Volk kann die Demokratie sich nicht entfalten. Nicht staatsrechtliche Formen, sondern der in ihm herrschende Geist können ein friedliches Deutschland sichern. Die Entscheidung über Einheitsstaat oder Bundesstaat ist augenblicklich die wichtigste Frage.

Wir bitten die deutschen Parteien, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und sich für die Durchführung einer Volksabstimmung einzusetzen. Gleichzeitig bitten wir die Alliierten, uns entsprechend den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der Atlantik-Charta das Recht zu einer Volksabstimmung über unsere Staatsform zuzugestehen.

Gen. Grotewohl nahm dann Stellung zu der Frage einer deutschen Vertretung bei den Friedensverhandlungen. Dies sei Sache der Parteien und Gewerkschaften. Keine Partei dürfe sich der Unterschriftsleistung entziehen, um so vor der Gesamtverantwortung zu fliehen. Die sofortige Schaffung einer deutschen Zentralverwaltung im Sinne der Beschlüsse von Potsdam ist notwendig, um die Einheit Deutschlands vorzubereiten. Dem grotesken Zustand, daß die Verständigung der Deutschen untereinander fast

schwerer ist als die Verständigung fremder Völker, muß ein Ende gesetzt werden. Dafür aber ist die Einheit der deutschen Arbeiterschaft notwendig. Eine Arbeiterklasse, die so schwere Lasten auf sich nehmen muß wie wir, muß auch eine beherrschende Stellung im Staate einnehmen.

Wir strecken die Hand jedem entgegen dem Leben und Zukunft seines Volkes höher steht als seine Partei. Wir wollen Deutschland aufbauen getreu dem Grundsatz: Alles durch das Volk, alles mit dem Volk, alles für das Volk.

Wahre Beifallsstürme begrüßten die grundsätzlichen Erklärungen des Gen. Otto Grotewohl. Neuer Jubel umbrandete den Kampfgefährten Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Clara Zetkins, den Veteran der deutschen Arbeiterklasse, Wilhelm Pieck, unter dessen Führung in der Ostzone die KPD sich, für die deutsche Arbeiterklasse wegweisend, unter Aufgabe ihres Namens und alter liebgewordener Traditionen mit den Genossen von der SPD zu der einen großen Sozialistischen Einheitspartei zusammenschloß.



Wilhelm Pieck

lein Freiheit und Demokratie verwirklichen und so wieder die Achtung der Welt für Deutschland (Fortsetzung auf Seite 2)

## Pressekonferenzen mit Pieck und Grotewohl

Stuttgart (UT-Bericht). Ueber 40 Vertreter der in- und ausländischen Presse hatten sich im Sternensaal des Stuttgarter Hauptbahnhofs eingefunden, um Pieck und Grotewohl auf ihre Süddeutschlandfahrt mit zahlreichen Fragen zu bedrängen. Die beiden Vorsitzenden der SED zeigten sich jedoch dem Sperrfeuer in jeder Weise überlegen. Ihre Antworten kamen wie aus der Kanone geschossen und bewiesen, daß die Vorkämpfer des Sozialismus ihrer Sache auch im unvorbereiteten Gespräch durchaus sicher sind, da sie in der marxistischen Erfassung der Wirklichkeit ein festes Fundament für ihre Politik haben.

Ueber die Stellung der SED zu den Ostgrenzen wurde erwidert, daß die SED jede Grenzveränderung bedauere. Die Oder-Neisse-Grenze werde von ihr genau so abgelehnt wie Grenzveränderungen im Westen. Wenn aber die Alliierten uns Grenzveränderungen auferlegten, so habe die SED den dringenden Wunsch, daß man dabei an die Lebensinteressen des deutschen Volkes denke. Ueber Ziel und Zweck ihrer Reise in die Westzonen er-

klärten sie: „Unser Besuch galt der Aufgabe, die Arbeitgemeinschaft zwischen SED und KPD zu gestalten und ihr konkrete Formen zu geben. Darüber hinaus kam es uns aber vor allem darauf an, vor den Werktätigen des Westens unseren Standpunkt zu den kommenden Verhandlungen um den Frieden zu entwickeln. Er wies darauf hin, daß Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion abgeführt werden sollten, daß dies aber ohne eine Erhöhung der industriellen Produktion nicht möglich sei. Auch die Voraussetzungen für den Export und damit für die Ernährung müßten geschaffen werden.“

### Die Vorkämpfer der Einheit in München

München. (Sudena). „Die SED ist eine deutsche Partei und betrachtet es als ihre selbstverständliche Aufgabe deutsche Interessen zu vertreten“, erklärte Wilhelm Pieck in München, auf einer Pressekonferenz.

Auf die Frage, wie sich die SED zu der angeblichen Erklärung des Gen. Ackermanns, wonach Deutschland die Ostgebiete nicht unbedingt benötige, stelle, erklärte Grotewohl, daß Ackermann eine derartige Äußerungen nie getan habe und die Meldung in der Zwischenzeit auch dementiert sei. Das Dementi sei jedoch in der Presse der Westzonen nicht veröffentlicht worden. Grotewohl betonte, daß die SED jede Veränderung der Grenzen Deutschlands für unheilvoll halte. Diese Haltung der SED, führte er weiter aus, sei unantastbar.

Zur Umsiedlung der Deutschen aus den Ostgebieten erklärte Pieck, daß die Richtlinien hierfür in Potsdam festgelegt worden seien. „Wir können diese Richtlinien nicht ändern“, sagte er, „sondern lediglich dafür sorgen, daß möglichst human vorgegangen wird.“

Pieck nahm dann zu der Vereinigung SPD-KPD Stellung und führte aus, daß die SED sich bemühe, den in der Ostzone vollzogenen Schritt auch in den Westzonen herbeizuführen. Den harten Widerstand, auf den sie dabei stoße, führe er auf die SPD-Führung zurück. Alle Behauptungen, die Dr. Schumacher gegen die SED vorbringe, würden durch die Arbeit der SED widerlegt.

Auf die von einem Pressevertreter gestellte Frage, warum die Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion nur als Kranke zurückkehren, erwiderte Pieck, daß die Kriegsgefangenen so zurückkehren, wie Hitler sie in der UdSSR hinterlassen habe; entgegen den Nazimethoden, Kranke zu vergasen oder zu erschleifen, wären die nach schweren Kämpfen gefangenen deutschen Soldaten, die oft halb erfroren oder verhungert in Gefangenschaft gerieten, von russischen Sanitätern gepflegt und in Rußland ärztlich behandelt worden.

Wer die vielfältigen auf Arbeitsteilung beruhenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Osten, Westen und Süden auch nur annähernd kennt, wird begreifen, wie intensiv der Wunsch in allen Kreisen der Wirtschaft ist, die früher so engen Verbindungen zwischen Lieferanten und Kunden wieder aufzunehmen. Wenn man dieser Leipziger Frühjahrsmesse ein Motto geben will, so kann es nur dieses sein: Die allgemeine Sehnsucht nach Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit.

Um so krasser machen sich die zwei größten deutschen Wirtschaftssorgen, die Zonenaufteilung und die Rohstoffknappheit bemerkbar. Es ist schmerzlich, beim Anblick der im großen Durchschnitt doch vorzüglichen Leistungen aller Branchen überall die beängstigende Enge verspüren zu müssen, die eine flottere Produktion und einen flüssigeren Warenaustausch erschwert. Trotz aller formalen Erleichterungen sind die Nachteile der Zonenaufspaltung in voller Stärke zum Ausdruck gekommen.

Die Neue Zeitung (München, 10. 3. 47)

Dr. Karl Bittel

## Deutschlands Messe

Für die Tage vom 4. bis 9. März 1947 am Vorabend der schicksalstschneidenden Moskauer Konferenz, wurde die Leipziger Messe zum Mittelpunkt Deutschlands. Für diese kurze Woche schien es, als wären die unheilvollen Zonengrenzen gesprengt und ein geeintes, friedlich arbeitendes Deutschland sei wieder lebendig geworden. Dreihunderttausend Messesucher, darunter 32 000 aus den drei Westzonen — für welche der Leipziger Messeausweis als einfacher „Interzonenpaß“ galt — und 1400 Ausländer waren zusammengeströmt, nicht nur um zu kaufen, sondern um über die vier Zonengrenzen hinweg persönlich Fühlung zu nehmen, sich zu unterrichten und zu verständigen über die Lage und die Perspektiven der kommenden Zeit.

Nach 22 Monaten ist für jedermann klar, was für ein wirtschaftliches Unglück die Zonenzerreißen angeht hat, aus dem wir uns nun mit aller Energie herausarbeiten müssen, damit diese Katastrophe nicht noch vergrößert werde. So war diese Messe mehr als eine „Leipziger“, es war die deutsche Messe als lebendiges Zentrum des neu beginnenden Wirtschaftsaufbaus. Alles was auf ihr gesprochen, verhandelt und kundgetan wurde, war eine Demonstration von ganz Deutschland vor aller Welt für Arbeit, Frieden und Einheit unseres Vaterlandes.

Allen Teilnehmern brachte die Messe ein Erstaunen. Angefangen von der vorbildlichen Organisation der Messezüge, der Empfangnahme bereits im Zug von Lebensmittelkarten (mit der Tagesration von 450 g Brot, 50 g Fleisch, 30 g Fett, 50 g Nahrungsmittel, 25 g Zucker, 30 g Marmelade, 500 g Kartoffeln), des Quartierscheins und der Polizeianmeldung, der Taxis am Bahnhof, der Lichterfülle, der freundlichen Aufnahme im Quartier und der reibungslosen Verpflegung. Dieser Leistung in einer schwer zerstörten Stadt, mitten im harten Winter mit seinen Nöten, tat auch nur geringes Abbruch, was in den letzten Tagen der unerwartete Zustrom von wilden Messebesuchern aus Sachsen an momentanen Schwierigkeiten brachte, denn auch diese sind durch ausgezeichnete Improvisationskunst überwunden worden.

Ein Wirtschaftswunder bedeutete die überraschende Fülle und Qualität der Warenangebote. Es zeugte von Initiative, Arbeitswillen und schöpferischer Leistung, die auf die ausländischen Besucher starken Eindruck machte, auch wenn die Realisierung noch viele Schwierigkeiten hat. Trotz zerstörter Fabriken, demontierter Maschinen, ohne genügend Rohstoffe, präsentierte sich ein Produktionsanlauf, der die Möglichkeit zeigt, inwieweit bereits wieder der Inlandmarkt versorgt und der lebensnotwendige Export geleistet werden könnte, wenn endlich einmal die hemmenden Schranken bei der Rohstoffversorgung und im Warenaustausch durch die zonalen Abschürnungen überwunden sein werden. Es gab viele Besucher, die sich gegenüber diesen erstaunlichen Tatsachen nicht anders zu helfen wußten — weil sie nicht wahr haben wollten, daß das ausgerechnet in der Ostzone geschieht! — als sich einzureden, daß das alles ja „nur Fassade“ und Po'emkinsche Dörfer wären. Nun gut, dann möge man einmal irgendwo anders eine solche Messe aufbauen, wo man vielleicht noch nicht einmal die Trümmer aus den Straßen wegschaffen konnte.

Solche kritisch eingestellten Berichtler hätten die einfache Pflicht gehabt, mit offenen Augen hinter diese „Fassade“ zu schauen und wirklich gründliche Nachforschungen im Hintergrund anzustellen. Wer sich diese Mühe genommen hat, ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Leipziger Messe tatsächlich in erster Linie aus der Ostzone gespeist worden ist. (Von 5000 Ausstellern waren 3800 aus der Ostzone). Als Ursache drängte sich sofort ein grundsätzlicher Unterschied zwischen Ost und West auf. Denn obwohl jedem bekannt ist, daß diese Zone in Bezug auf Wiedergutmachung und Demontage (!) bereits ganz Außerordentliches hat leisten müssen, besteht gar kein Zweifel darüber, daß trotzdem gerade hier ein kräftiges Wirtschaftsleben in Gang gekommen ist. Worauf ist diese Leistungsfähigkeit zurückzuführen? Zu den Grün-

## Erste Tagungen in Moskau

Moskau. Die Außenminister haben in ihrer ersten Sitzung ihre Tagesordnung gebilligt. Sie beschlossen zunächst den in London ausgearbeiteten Bericht über die Vorbereitung des Verfahrens bei der Festlegung des Friedens mit Deutschland sowie den in London ausgearbeiteten Entwurf für den Frieden mit Oesterreich zu prüfen. Anschließend soll der Bericht des alliierten Kontrollrats in Berlin, die Beratung über die provisorische politische Organisation Deutschlands bis zur Unterzeichnung der Friedensregelung, ferner der amerikanische Plan für die Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands und der Bericht des Sachverständigenkomitees für Kohlenfragen zur Diskussion kommen. Die Sonderbeauftragten wurden angewiesen, unverzüglich den Vertragsentwurf zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit Oesterreichs zu vollenden. Wenn diese Tagesordnung erledigt ist, soll der Bericht der nach Triest entsandten Sonderkommission über die finanzielle Lage des freien Gebietes einer Prüfung unterzogen werden. Für Deutschland wichtig ist, daß die Außenminister beschlossen haben, das Gesetz des Berliner Kontrollrats vom 1. März über die Auflösung des preußischen Staates zu billigen.

In der zweiten Sitzung brachte der amerikanische Außenminister Marshall die Frage eines Viermächtepaktes zur Sprache, der nach Ansicht der USA allein auf die Dauer einen neuen von Deutschland ausgelösten Krieg verhindern könne.

Gleichzeitig nahm er Stellung zu dem Vorschlag des sowjetischen Außenministers Molotow, die Frage der Lage in China angesichts ihrer internationalen Bedeutung für Frieden und Sicherheit ebenfalls auf die Tagesordnung zu nehmen.

Unterdessen sind die Sonderbeauftragten der Außenminister an die Arbeit gegangen, die weiteren Unterlagen für die Behandlung der deutschen bzw. der österreichischen Probleme fertigzustellen. Die für Deutschland zuständigen Sonderbeauftragten Wischinsky (UdSS) Murphy (USA) de Murville (Frankreich) und Strang (England) prüften den sowjetischen Vorschlag, folgende Reihenfolge in der Behandlung der Fragen einzuhalten: Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung, Prüfung aller mit der politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands zusammenhängenden Fragen, Reparationen, Einsetzung zentraler Verwaltungsstellen und Frage der provisorischen politischen Gestaltung Deutschlands, Verschiebenprobleme.

Während so in den Kommissionen Vorarbeit geleistet wird, beschäftigte sich die Vollsitzung des Außenministerrates vorerst mit untergeordneten Fragen wie derjenigen des Schicksals der bereits an Rußland ausgelieferten deutschen Kriegsschiffe. Bei dieser Gelegenheit dementierte Molotow auf eine Frage Bevins' örmell, daß in Rußland deutsche Kriegsgefangene für die Rote Armee angeworben worden wären.

den gehören zweifellos die Boden- und die Industriereform im Osten, zwei wirtschaftliche Umwälzungen von außerordentlicher Tragweite. Die neue Wirtschaftsstruktur hat ihr Schwergewicht in den landeseigenen Betrieben. Ihre Sonderschauen zusammen mit denen der Industriekontore und Landesverwaltungen gaben ein überzeugendes Bild von kollektiver Leistungskraft und Überlegenheit. Hier sah man etwas völlig Neues, nämlich anstelle der Unternehmer-Initiative eine erfolgreiche Arbeiter-Initiative, die zu großen Zukunftshoffnungen berechtigt. Denn es war interessant zu hören, daß z. B. in den Betrieben ehemaliger Kriegsverbrecher in Sachsen die im vergangenen Jahr durch Volksentscheid enteignet wurden und heute Eigentum des Landes sind, die heutigen Direktoren zu 27 Proz. frühere Arbeiter gewesen, zu 11 Proz. Angestellte, 24 Proz. Ingenieure, 33 Proz. Kaufleute und nur zu 5 Proz. ehemalige Direktoren. Über ein Fünftel aller Arbeiter Sachsens sind in solchen landeseigenen Betrieben beschäftigt. Das sind die wirtschaftlichen Realitäten, die dem Messebesucher außerordentlich zu denken gaben.

Daß sich die westlichen Aussteller in solcher Minderzahl befanden, ist zweifellos die Spiegelung der dortigen Wirtschaftslage, die keine Industriereform und Entnazifizierung der Wirtschaft durchgeführt hat und sich in ihrer Produktionskapazität mit dem Osten nicht messen kann.

Leider war die Beteiligung an der Messe aus der französischen Zone unverhältnismäßig gering. Wir wissen nicht, was alles für Hemmnisse hier vorliegen. Jedenfalls hören wir viel Unzufriedenheit über die ungenügende Ausgabe von Messeausweisen und aller bürokratischen Schwierigkeiten dabei. An Baden und Württemberg sollten Karten für 136 Aussteller und 750 Messebesucher ausgeben werden (ob

sie alle in Leipzig waren?), die sich auf die einzelnen Handelskammern folgendermaßen verteilen:

Baden		
	Aussteller	Besucher
Baden-Baden	18	80
Lahr	10	30
Schopfheim	13	30
Konstanz	5	100
Freiburg	10	80
<b>58</b>		
<b>320</b>		
Württemberg		
	Aussteller	Besucher
Reutlingen	43	220
Ravensburg	20	110
Rottweil	15	100
<b>78</b>		
<b>430</b>		

Neben den Geschäften der Mustermesse fanden eine Fülle von Veranstaltungen statt, die auf uns Westler ganz besonderen Eindruck machten. Sowohl die programmatischen Reden bei der Eröffnung, den Empfängen und dem Presseabend, als insbesondere auch die Konferenz über Fragen der Planwirtschaft, wo Minister Selbmann (Dresden) die Mühen und Erfolge Sachsens überzeugend darstellte; sein Vorschlag, ein Zentrales Wirtschaftsplanungsamt für ganz Deutschland zu gründen wurde lebhaft von Sprechern aus allen Westzonen begrüßt. Es waren eine bauwirtschaftliche, betriebstechnische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche und zahlreiche Fachkonferenzen mit der Messe verbunden, die zu sehr fruchtbarem Meinungsaustausch führten.

Die erstmalige Aktivität der Gewerkschaften und der Betriebsräte auf der Messe in ihrer Rolle als Hauptträger der Wirtschaft der Zukunft legen es nahe, daß gewerkschaftliche und Betriebsdelegationen an künftigen Messen teilnehmen, wie dies einmal eine offizielle Delegation der Stuttgarter Stadtverordneten gekommen war.

Es war ganz selbstverständlich, daß auch die politischen Kräfte das gesamtdeutsche und internationale Forum dieser Messe benutzten.

Stärksten Widerhall fanden zweifellos zwei gewaltige Kundgebungen: Des Blocks der antifaschistischen Parteien, die Wilhelm Pieck leitete, mit Grotewohl, Kaiser und Dr. Külz als Rednern, sowie des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, wo Jendretsch sprach. Es waren eindeutige und einmütige Erklärungen zur wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, die angesichts der Moskauer Konferenz ihre Wirkung haben werden.

Alles in allem hat diese Frühjahrsmesse 1947 eine Mission erfüllt, die nur auf einer Basis möglich war, wie sie Leipzig und die gesamte Ostzone bieten konnte. Sie hat eine neue Phase in ihrer fast 800jährigen Geschichte eingeleitet und sich damit zu ihrem 450. Geburtstag als „Reichsmesse“ (zu der sie im Jahre 1497 durch Kaiser Maximilian Privileg erhoben wurde) mit ihren Manifestationen für Deutschlands Einheit und friedliche Aufbauarbeit ein würdiges Geburtstagsgeschenk selbst gegeben.

Neue Brücken sind in Leipzig zwischen Ost und West, Süd und Nord und zum Ausland geschlagen worden.

#### Belgische Regierung zurückgetreten

Brüssel, Ministerpräsident Huysmans hat dem Prinzregenten den Rücktritt seiner Regierung eingereicht. Die Krise wurde ausgelöst durch den Rücktritt der vier kommunistischen Minister, die sich geweigert hatten, einer Erhöhung der Kohlepreise zugunsten der Unternehmer zuzustimmen.

#### Streik fordert Verstaatlichung

Prag, Die Arbeiter zahlreicher Bauunternehmer von Brno (Brünn) und mehrerer anderer Städte sind gestern in Streik getreten und fordern die Nationalisierung dieser Unternehmen.

#### Tillessen-Urteil rechtskräftig

Konstanz, Der zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Erbsen- und Mörder Heinrich Tillessen hat darauf verzichtet, gegen das Urteil Revision einzulegen. Das Urteil ist damit rechtskräftig geworden.

### Pieck und Grotewohl sprachen in Stuttgart

(Fortsetzung von Seite 1)

erringen kann. Er zeigte auf, wie im Gegensatz zu der Entwicklung in den Westzonen in den Ländern und Provinzen der Ostzone die Voraussetzungen geschaffen wurden, die einen erneuten Triumph der Reaktion in Wirtschaft, Verwaltung und Politik verhindern. Auch die Arbeitsgemeinschaft zwischen KPD und SED die dem Ziele durch gemeinsames Handeln die Einheit aller Sozialisten herzustellen und bald die Voraussetzungen für eine sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die sich über alle Zonen erstreckt, zu schaffen. Die Frage der Einheit Deutschlands ist eine Lebensfrage unseres Volkes und die Grundvoraussetzung für eine neue deutsche Demokratie. Dabei müssen wir deutschen Sozialisten den Weg gehen, der sich aus der Lage Deutschlands ergibt.

Es kann für uns nicht darauf ankommen, zwischen dem Westen und dem Osten zu wählen, es gibt nur eine Orientierung für Deutschland: die auf das eigene Volk.

Während der Rede des Gen. Pieck suchten einzelne Zwischenrufer die Kundgebung zu verwirren. Sie wurden überzeugend von dem Versammlungsvorsitzenden, Gen. Buchmann, zurückgewiesen. Ihre Störungversuche ertranken in der begeisterten Zustimmung der Massen, die im weiterströmenden Regen zu später Stunde auch nach Beendigung der Reden ausharteten und die Kundgebung mit dem alten Kampflied der

### Vorbereitung zur Einheit in Hessen

Frankfurt a. M. (UT-Bericht). Am Landesparteitag der KPD Hessen nahm auch der ehemalige hessische Innenminister Hans Venedey teil, der unter stürmischem Beifall ins Präsidium des Parteitages gewählt wurde. In einer begeisterten aufgenommenen Rede wies Gen. Venedey darauf hin, daß die KPD nicht aus Furcht und Schwäche, sondern unter Überwindung des Parteialogismus ihren Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse führt. Weiter gab er seiner Verwunderung Ausdruck, daß es Besatzungsmächte gibt, die gegen die Einheit der Arbeiterklasse sind; denn gerade dies ist die beste Garantie des Friedens.

In einem überzeugenden und ansportierenden Appell an die Genossen der SPD zeigte Gen. Venedey ihre Gewissensnöte auf: „Ich kenne die wirkliche Meinung meiner Genossen; sie warten auf den Tag der Einheit der Arbeiterklasse. Die Furcht vor der politischen Heimatlosigkeit hält sie zurück, für dieses große Ziel der Arbeiterschaft einzutreten. Ich habe alles selbst erlebt. Wenn die Genossen aber wissen werden, was ich heute erfährt, daß nämlich die Einheit im Westen vorsteht, dann werden sie keine Ägert vor der politischen Heimatlosigkeit mehr haben. Viele wanke-mütige SPD-Genossen sagen: Noch ist nicht

#### Erhöhte Kalorien im Februar

Konstanz. In den Gemeinden des Landkreises Konstanz wurden im Februar an die Normalverbraucher über 18 Jahre täglich 694 Kalorien ausgegeben (gegenüber 629 Kalorien im Januar), die sich folgendermaßen verteilen:

	Gramm im Monat	Kalorien pro Tag Januar	Kalorien pro Tag Februar
Brot	5600	430	430
Kartoffeln	—	—	—
Fleisch	540	22	25
Butter	100	25	27
Käse	125	9	10
Magermilch	28/8 ltr.	41	41
Teigwaren	250	27	29
Zucker	600	75	83
Haferflocken	250	—	29
Hülsenfrüchte	200	—	20
		<b>629</b>	<b>694</b>

Es kamen also auch im Februar täglich 200 gr Brot zur Verteilung, während die vorgesehene Kartoffelrate von 15 kg wieder nicht ausgegeben werden konnte. Nachgeliefert wurden für Januar 100 gr Butter und 250 gr Fische mit insgesamt 51 Kalorien pro Tag.

Für die Stadt Singen kamen 1000 gr Teigwaren zur Ausgabe, so daß sich täglich 782 Kalorien ergeben. Der Stadtkreis Konstanz erhielt außerdem noch 750 gr Fische, was insgesamt 806 Februar-Kalorien gleichkommt. In der Stadtratssitzung berichtete der Leiter des Wirtschafts- und Ernährungsamtes ausführlich über die kritische Lage der Lebensmittelversorgung. Er wies darauf hin, daß Präsident Hoover ein Minimum von 2000 Kalorien für dringend notwendig bezeichnet hat und daß demgegenüber auch im Februar nur wenig über 800 Kalorien ausgegeben werden konnten.

#### Rede Trumans

Washington. In einer großen Rede vor beiden Kammern des amerikanischen Kongresses forderte Präsident Truman einen neuen Kredit in der Höhe von 400 Millionen Dollar zur Hilfeleistung an Griechenland und die Türkei. Er begründete dies damit, daß die englische Regierung nicht mehr in der Lage sei, ihren Verpflichtungen gegenüber diesen Ländern nach dem 31. März 1947 nachzukommen und daß die USA an ihre Stelle treten müßten.

#### SPD in der Ostzone nicht verboten

Auf der Massenversammlung wurde von sozialdemokratischer Seite die schriftliche Frage gestellt, warum die SPD in der Ostzone verboten und wie das mit der politischen Freiheit zu vereinbaren sei? Darauf antwortete das anwesende Vorstandsmitglied des Zentralvorstandes der SED aus Berlin, Erich Gniffke (ehemaliges Mitglied des Zentralvorstandes der SPD), lange bevor in den Westzonen die SPD wieder zugelassen worden sei, habe sie in der Sowjetzone neben der KPD eine rege politische Tätigkeit entwickeln können. So lange, bis auf dem 40. Parteitag der SPD im April 1946 die Auflösung der SPD beschlossen worden sei, um auf einem gemeinsamen Parteitag von KPD und SPD am 21. und 22. April 1946 zum Zusammenschluß zur Sozialistischen Einheitspartei (SED) zu kommen. Von da aus habe die sozialistische Arbeiterbewegung einen ungeheuren Aufschwung genommen! Im übrigen sei, entgegen aller Gerüchte, bis zum heutigen Tage von der SPD in den Westzonen noch gar kein Antrag beim Kontrollrat über eine neue Zulassung der SPD in der Ostzone gestellt worden. Von einer Nichtzulassung bzw. einem Verbot der SPD könne also gar keine Rede sein.

Die Zeit für die Einheit. Bei der hessischen Regierungsbildung sieht mancher, daß es Zeit ist, höchste Zeit. Genossen der SPD, überlegt euch das; niemand hilft uns; nur wir allein können den Kampf um die Einheit führen!

Der Parteitag beschloß nach Referaten der Vorsitzenden der SED, Pieck und Grotewohl, die vor einigen Wochen geschaffene sozialistische Arbeitergemeinschaft KPD-SED anzuerkennen und zu erweitern.

Der Parteitag beauftragte nach ausführlicher Diskussion den neugewählten Landesvorstand, in der gesamten Partei die Anerkennung des Programms der SED zur Debatte zu stellen und anschließend eine Parteideligenzkonferenz einzuberufen, die die organisatorischen Folgerungen aus dieser Tatsache ziehen sollte.

#### Besatzungsfranc nicht für Deutsche

Baden-Baden. Die Einführung des Besatzungsfrancs in der französischen Besatzungszone ab 1. Februar 1947 hat in der Presse und in der deutschen Bevölkerung zu teilweise irreführenden Stellungnahmen Anlaß gegeben. Ebenso wie die „Yeuvers Plunde“ in der belgischen Zone und die „Dollar Scrips“ in der amerikanischen Zone ist ausschließlich für den Gebrauch des alliierten Zill- und Militärpersonals vorbehalten, das zum größten Teil in Frankreich ausbezahlt wird.

Dagegen dürfen Deutsche natürliche und juristische Personen nicht in den Besitz von Besatzungsfrancs gelangen. Das französische und alliierte Zill- und Militärpersonals hingegen alliierte Mark und Reichsmark oder Rentenmark erwerben, mit denen es im deutschen freien Handel Einkäufe tätigen kann. Es wird schließlich noch darauf hingewiesen, daß gemäß den Bestimmungen des SHEAT-Gesetzes Nr. 51 kein Unterschied gemacht werden darf zwischen der alliierten Mark und der deutschen Mark, die beide im Umlauf bleiben und die gleiche Kaufkraft besitzen. In keinem Fall dürfen Privatpersonen oder Geschäftleute die Annahme der alliierten Militärmark bei Zahlungen verweigern.

#### UNSER TAG (früher DRR NEUE TAG) Volkszeitung für Pader und Württemberg

Chefredakteur: Dr. Karl Bittze  
Redaktion: (176) Offenburg Metzgerstr. 1, Tel. 1724. Telefon-Adressen: Neustadt Offenburg. - Verlag: Südwest-Verlag o.G.m.b.H., (176) Offenburg, Hauptstr. 111. Postfach 181. Fernruf 2107 - Erscheint Mittwoch und Samstag - Bezugspreis monatlich 1,50 Mk. (einschl. Trägerlohn bei Postbezug zuzügl. Bestellgeld). - Druck: Buchdruckerei A. Schli & Cie., Offenburg

## Südbadische Bodenreform?

### Landwirtschaftlicher Hauptverband erstrebt Neuordnung der Bodennutzung

Die Bodenreform ist eine Grundforderung der fortschrittlichen Kräfte. Die Parteien und die Gewerkschaften Südbadens haben deshalb immer wieder dazu Stellung genommen. Insbesondere war es die Kommunistische Partei, welche die kompromißlose Durchföhrung forderte, und unsere Zeitung hat diese Forderung stets in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gestellt. Darum ist es von Interesse, daß jetzt auch der Badische Landw. Hauptverband diese Fragen aufgegriffen hat, und der Öffentlichkeit praktische Vorschläge unterbreitet. Diese Vorschläge berühren sich in wesentlichen Dingen mit unseren Forderungen, wenn unsere Auffassung auch in manchen Punkten grundsätzlich von ihnen abweicht. Dies ist insbesondere in der Entscheidungsschuldfrage der Fall. Der Verband wünscht, den früheren Eigentümer des Bodens zu entschädigen, um „das feste Fundament nicht zu erschüttern, auf dem echtes Bauernum steht.“ Soweit es sich um Entgelte an Bauern handelt, stimmen wir vollinhaltlich zu. Dagegen lehnen wir es ab, dem Großgrundbesitzer, den Ständes- und Adelsherrschaften Entschädigungen zu bezahlen, und dadurch das geschichtlich gewordene Unrecht der Bauernenteignung als Recht anzuerkennen, und zu Lasten des ganzen Volkes zu verewigen. An anderer Stelle des Programms anerkennt der Verband allerdings die Tatsache, daß die schwere Notlage des Bauernums in vergangenen Jahrhunderten brutal ausgenutzt worden ist, ohne aber die praktische Nutzenanwendung daraus für heute zu ziehen. Wir aber werden den Nachweis ungerechten und unsittlichen „Bauernlegens“ durch die Großgrundbesitzer zu führen wissen.

Nach dem Programm des Landwirtschaftsverbandes verbleiben Hofgüter, die sich seit dem 1. Januar 1936 in Selbstbewirtschaftung des Eigentümers oder naher Verwandter desselben befinden, gut bewirtschaftet sind, und in Höhenlagen bis 700 m bis zu 50 ha, in Höhenlagen über 700 m bis zu 70 ha umfassen, in uneingeschränktem Eigentum der jetzigen Besitzer. Von dem über diese Flächen hinausgehenden landwirtschaftlich genutzten Boden bleibt die Hälfte im Eigentum des jetzigen Besitzers, und zwar bis 100 ha in Höhenlagen unter 700 m, und bis 120 ha in solchen über 700 Meter. Dasselbe gilt für die zum Hofe gehörenden Waldflächen der gleichen Größe. Über die Verwendung dieser Waldflächen wird durch das beim Ministerium für Landwirtschaft zu schaffende Landesamt für Bodenreform verfügt. Seit dem 1. Januar 1936 verpachtete Hofgüter werden als kapitalistischer Bodenbesitz betrachtet, und zum Zweck der Ansiedlung der Pächter oder anderer Landwirte restlos in Anspruch genommen. Die Verwendung derartiger Betriebe zur Bildung landwirtschaftlicher Förderungseinrichtungen ist zugelassen. Waldungen natürlicher Personen, von Stiftungen und öffentlich-rechtlicher Körperschaften, — mit Ausnahme des Staates und der Gemeinden, — die 100 ha übersteigen, sind in das Eigentum benachbarter Gemeinden überzuführen, wobei waldarme Gemeinden bevorzugt bedacht werden. Ferner sind auch landwirtschaftliche Parzellen, welche vom Eigentümer nicht selbst bewirtschaftet werden und z. B. durch Erbgang erworben wurden gegen Entschädigung dem Bodenfonds zuzuföhren. Schließlich wird der gesamte Grund und Boden der früheren Wehrmacht, des Arbeitsdienstes, der NSDAP und ihrer Gliederungen entschädigungslos dem Bodenfonds zugewiesen. Dasselbe gilt für schlecht bewirtschaftetes Gelände.

Hierzu ist zu bemerken, daß es richtig ist, einen möglichst frühen Stichtag für den Besitznachweis der Selbstbewirtschaftung festzulegen, um das Eindringen nazistischer Elemente nachprüfen zu können. Indessen lehnen wir entschieden für den kapitalistischen Bodenbesitz einen Termin ab, weil jedes nicht selbst bewirtschaftete landwirtschaftliche Gut, — gleichgültig, wann es verpachtet ist, — kapitalistischer Besitz ist, und darum auf jeden Fall in Bauernhand übergeföhrt werden muß. Ferner ist der Satz über die landwirtschaftlichen Förderungseinrichtungen nicht klar, und gibt in dieser Fassung dem Großgrundbesitzer die Möglichkeit, seine Güter als Muster- und Lehrgüter

im Eigenbesitz zu erhalten. Solche Einrichtungen müssen unter Ausschaltung des Vorbesitzers eindeutig als öffentliche Institute errichtet werden. Weiterhin ist der Begriff der Selbstbewirtschaftung in den Vorschlägen zu allgemein gefaßt. Für Zuteilungen aus dem Bodenfonds kommen hier nach Landwirte im Hauptheruf in Frage, welche ihren Besitz durch die Katastrophe des nazistischen Deutschlands verloren haben, ferner Kleinlandwirte zur Erneuerung und Gesundung ihres Besitzes und landwirtschaftlich interessierte Handwerker, Arbeiter und Anestellte zu ihrer Selbstversorgung auf dem Land. Demgegenüber ist zu fordern, daß, — mit Ausnahme der sogenannten Kleinrentner, — nur die bäuerlich qualifizierten Bevölkerung in den Nutzen der Bodenreform kommen darf (Bauernhöfe, Landwirte, Flüchtlinge). Nicht Verwandte der Großgrundbesitzer und Ständesherrn und exproprierte Ostländer haben hier keinen Platz!

Undurchführbar erscheint uns heute leider die Bestimmung, daß diejenigen Waldflächen angetockt und wieder landwirtschaftlich genutzt werden sollen, welche seit 1850 aus landwirtschaftlichen Nutzflächen in Wald verwandelt worden sind. Im Grundsatz stimmen wir vollinhaltlich zu, erlassen aber hinsichtlich der katastrophalen Ausdehnung unserer Waldbesitzer nicht an die Durchführbarkeit, ohne weitere schwere Tiben in die Karten zu spielen. Der Zweck der Entscheidung strikt ist, wenn bei der Durchführung der Bodenreform sollen Landes- und Bezirksbodenreform-Kommissionen gebildet werden, welche sich aus landwirtschaftlichen Berufsvertretern, Gemeindevertretern und solchen der betroffenen Personen zusammensetzen. Ferner sind richterliche Instanzen zur Wahrung der Rechtsansprüche der Betroffenen zu schaffen, welche mit einem Berufsrichter und 2 Laienrichtern besetzt würden. In den Kommissionen müssen wir die Vertretung der Betroffenen ablehnen, auch vermissen wir, daß die Gewerkschaften als Vertreter der breiten Masse unserer Volkes nicht in die Kommissionen einbezogen sind. Schließlich dürfte sich die Beteiligung des Berufsinstanzen erheben, wenn das Gesetz so klar und eindeutig gefaßt ist, wie wir es fordern. Wir hoffen, daß das Programm des Landwirtschaftsverbandes in Verbindung mit den Vorschlägen der Parteien und der Gewerkschaften in nächster Zeit zur Schaffung eines Bodenreformgesetzes führen wird, welches den Erfordernissen einer sozialen Demokratie voll Pachtung trägt.

#### Ruck veranwortlich

Rastatt. Im Rastatter Prozeß ergriß der belgische Vertreter der Staatsanwaltschaft das Wort um das Fazit der Beschuldigungen für die Angeklagten Buck, Muth, Müller, Ullrich und van der Veer zu ziehen. An der Spitze all dieser Angeklagten stehe Buck. Diesen Angeklagten könne man sehr wohl in die Klasse der Intellektuellen einreihen. Er habe sich 1933 der Gestapo zur Verfügung gestellt. Bei diesem Prozeß handle es sich lediglich darum, die Verantwortung Bucks an den Zuständen in den Lacten Waslach-Vulkan Gaggenuu und Sulz a. N. herauszustellen. Und hier könne man mit Sicherheit sagen, daß Buck für den Tod aller in jenen Lacten verstorbenen Häftlinge verantwortlich sei. Für sämtliche Angeklagte forderte der Staatsanwalt die Todesstrafe.

### Deutschland-Rundschau

SIEBEN BELGISCHE GEWERKSCHAFTSFOHRER werden zu Beratungen mit deutschen Gewerkschaftern in Hamburg erwartet.

ERWERBSUNFAHIGE OPFER DES FASCHISMUS erhalten in Berlin auf Anordnung der alliierten Kommandantur monatlich 120 Mark Unterstützung.

DIE RHINISCHE VOLKSPARTEI in Assen. Die republikanische Programm verfolgte, ist wegen Unklarheit und Unklarheit ihres Parteiprogramms auf Befehl der britischen Militärregierung aufgelöst worden.

GENERAL MAC NARNEY, der bisherige amerikanische Oberbefehlshaber für Deutschland, hat sich vom Kontrollrat verabschiedet. Er wird einen Posten in der UN übernehmen.

EINE FRANZÖSISCHE JUGENDELEGATION ist auf oberschleibher für Deutschland, hat sich vom Kontrollrat verabschiedet. Sie will sich über die moralischen und politischen Lebensbedingungen der deutschen Jugend informieren.

### Welt-Chronik

LONDON. In England wurde ein Gesetz über eine anderthalbjährige Wehrpflicht veröffentlicht.

LAKE SUCCESS. Der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes Louis Salliant, wird sich demnächst an der Spitze einer internationalen Gewerkschaftsdelegation nach Japan begeben.

ASUNCION. In Paraguay ist eine Revolution ausgebrochen. Es wird behauptet, daß die Aufständischen ein kommunistisches Programm haben.

PARIS. Der Papier-Preisstreik geht weiter. Der Vorsitzende des nationalen Druckereibesetzerverbandes wurde beauftragt, ein neues Abkommen auszuarbeiten.

PARIS. Die französische Regierung hat ihren diplomatischen Vertreter in Sofia nach Paris zurückberufen.

LONDON. Der Labour-Abgeordnete Zilliacus hat vorgeschlagen, die in die Frage der UN verwickelten, fallende Einigung zwischen Hindus und Moslems sich als unmöglich erweise.

# Gewaltige Demonstration der Blockparteien für die Zukunft Deutschlands

Leipzig. (UT-Bericht). Das große politische Ereignis der Leipziger Messe war die gemeinsame Kundgebung aller antifaschistischen Parteien im Kongresssaal, die von Messebesuchern aus allen vier Besatzungszonen überfüllt war. Für die westlichen Besucher war diese Demonstration ein starkes Erlebnis. Die drei Parteien der Ostzone gaben durch den Mund ihrer Vorsitzenden ein einmütiges Bekenntnis zur gemeinsamen Rettung unseres Vaterlandes am Vorabend der Moskauer Friedenskonferenz. Für die Sozialistische Einheitspartei (SED) sprach Otto Grotewohl.

Für die Christlich-Demokratische Union (CDU) Jakob Kaiser und für die Demokraten Wilhelm Külz.

Den Vorsitz in der Kundgebung führte Wilh. Pieck, der den Gästen aus den anderen Teilen Deutschlands das Wesen der Blockpolitik in der Ostzone aufzeigte, die sich grundsätzlich und vorteilhaft von dem Parteiengetriebe in den Westzonen unterscheidet. Mit Hilfe dieser Blockpolitik sei es möglich gewesen, ein gemeinsames Vorgehen in allen lebenswichtigen Fragen zu sichern und ihrer Politik den Stempel des Fortschrittes im Sinne der Demokratie aufzudrücken. Zur Begrüßung für den Ortsausschuß Leipzig der Blockparteien sprach Herr Ruland (CDU), der die Hoffnung aussprach, daß der Weg zur Einheit Deutschlands dem Frieden der Welt diene.

In der Resolution, die mit tosendem Beifall angenommen wurde, heißt es: daß die Kundgebung in der Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und in der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung eine wichtige Voraussetzung für den Abschluß des Friedensvertrages sei. Sie gibt der Erwartung Ausdruck, daß die baldige Bildung einer solchen Regierung in Übereinstimmung mit dem demokratischen Willen des deutschen Volkes ermöglicht wird.

Dieses gemeinsame und einmütige Auftreten der drei bestehenden Parteien in der Ostzone war für den westlichen Besucher eine politische Ueberraschung, der man auf Schritt und Tritt im wirtschaftlichen und politischen Leben der Ostzone begegnete. Sichtbare Tatsachen der Erfolge dieser Politik bestätigten sich von Tag zu Tag. Unseren Lesern wird eine grundsätzliche Darstellung über das Wesen der Blockpolitik (über die wir bereits in unserer Nummer vom 29. 1. 47 schon einmal sprachen) willkommen sein.

Volkspartei mit der Sozialdemokratie ideologisch gemeinsam? Das Bekenntnis zu Deutschland, wird vielleicht geantwortet. Aber das Deutschland, das den Führern der Deutschen Volkspartei, wie Scholz oder Heinze, vorschwebte, war meilenweit von der Deutschlandidee entfernt, das die Millionenmassen der sozialistischen Wähler beseelte. Während der eine Flügel dieser Koalition für die Rettung und Sicherung der Republik eintrat, liebgeliebt der andere mit monarchistischen Experimenten und spannen gar manchen heimlichen Faden zum Sohn des letzten Kaisers und anderen Hohenzollernprinzen. Hinter dem einen Flügel standen die Interessen des schwerindustriellen Kapitals, hinter dem anderen die Millionen von Arbeitern und Angestellten, die von diesem Kapital ausgebeutet wurden. Das war wie Feuer und Wasser.

Die antifaschistische Blockpolitik der Ostzone aber hat ihre Wurzeln in den verschiedenen Gruppen der Widerstandsbewegung und vor allem in dem gemeinsamen Erlebnis der Verfolgungen während der Nazijahre. Im KZ fanden sich Antifaschisten der verschiedensten Art zusammen, überzeugte Marxisten und gläubige Christen, Vertreter liberaler wie sozialistischer Ueberzeugungen. Alle erlitten die gleichen Demütigungen, alle trugen das gleiche Sträflingskleid, alle hatten den gleichen Willen zum Kampf gegen die Faschisten, den gleichen Glauben an die Wiederherstellung der Demokratie. Aber keiner von ihnen dachte, wenn er sich mit Vertretern anderer weltanschaulicher Richtungen im Lager zusammensand und darüber diskutierte, wie man nach dem Sturz der Diktatur ein neues demokratisches Deutschland gemeinsam aufbauen könnte, an die einstigen parlamentarischen Koalitionen der Weimarer Jahre, weder an die „Große“, noch an die „Kleine“.

Einigung zustande gekommen. Ja, man hätte diese Fragen, um die Koalition nicht von vornherein zu sprengen, schein und vorsichtig umgehen. Von einer „Einparteiherrschaft“, wie dies von reaktionärer Seite immer wieder behauptet wird, ist nirgends die Rede. Alle ausländischen Beobachter waren sich seinerzeit darüber einig, daß die Wahlen überall frei und ungehemmt durchgeführt wurden. Bei der Regierungsbildung zog man die Forderungen aus dem Wahlergebnis. Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt beispielsweise

## Gedenktage der Woche

- 16. März — 1946 Zusammenfassende Richtlinien der amerikanischen Militärregierung über den Aufbau deutscher politischer Parteien treten in Kraft.
- 17. März — 1920 Kapp-Putsch durch entschlossenen Widerstand der Arbeiterschaft zusammengebrochen.
- 18. März — 1848 Revolution in Berlin. — 1876 Ferdinand Freiligrath, Dichter, gest.
- 20. März — 1770 Friedrich Hölderlin, Dichter, geb. — 1828 Henrik Ibsen, norweg. Dichter, geb.
- 21. März — 1683 Johann Seb. Bach geb.
- 22. März — 1832 Goethe gest. — 1946 Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

se ist der Liberal-Demokrat Huebner, Stellvertretender Ministerpräsident und Justizminister von Sachsen der Liberal-Demokrat Professor Kastner. Organisation und Werbung der einzelnen Parteien sind frei und unbehindert, ihre Presse untersteht keinerlei Zensur. Vorsitzende und Vorstände der drei Parteien kommen in regelmäßigen Sitzungen zusammen, um alle auftauchenden Fragen gemeinsam durchzusprechen und eine nicht nur für alle Parteien „tragbare“ Lösung zu finden, sondern eine Lösung, die den Interessen des ganzen Volkes entspricht.

Sicherlich sind noch manche Fehlerquellen vorhanden, sicher zeigt sich auch jetzt noch an manchen Orten mangelhaftes Verständnis, sicher sind noch längst nicht alle Verwaltungsstellen besetzt, wie es wünschenswert wäre, sicherlich treten hier und da noch falsche Auffassungen vom Wesen der Demokratie hervor. Es liegt uns fern, in jene jetzt manchmal so beliebte Schwarzweißmalerei zu verfallen und so zu tun, als ob es in der Ostzone nur eitel Licht und Sonnenschein gäbe. Aber im großen und ganzen darf doch gesagt werden, daß sich die Parteien dort auf dem richtigen Wege befinden, daß sich Regierung und Verwaltungsapparat ihrer Aufgabe gewachsen zeigen und überall Initiative und Schwingkraft zu finden ist und der Wille hervortritt, alle noch bestehenden Schwächen zu überwinden.

Die Blockpolitik der Ostzone ist also ein grundsätzlicher Schritt über Weimar hinaus. Dieser Schritt war notwendig, denn die parlamentarischen Arbeitsformen jener Zeit haben die Demokratie und die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse des Volkes nicht gefördert, sondern von Jahr zu Jahr mehr gefährdet. Angewandt von den Parlamentsstreitigkeiten, Fraktionskompromissen und den ständig wiederkehrenden Tumulten wandten sich Millionen ab, verzweifeln an der Demokratie und wurden eine leichte Beute der nazistischen Agitation. Seit 1930 waren die meisten demokratischen Parlamente arbeitsunfähig, die Zeit der Präsidialkabinette kam, und damit hatte die Stunde der Volksfeinde und schließlich Hitlers geschlagen. Und mit Hitler kam nicht nur das Ende der Demokratie, mit Hitler kam auch der Krieg, den jene Volksfeinde zur Förderung ihrer Geschäfte seit langem vorbereitet. Die Koalitionspolitik der Weimarer Jahre hat also sowohl bei der Verteidigung der Demokratie, wie auch bei der Erhaltung des Friedens versagt. Die grundsätzliche andersgeartete Blockpolitik der Ostzone sichert Demokratie und Frieden.

Walden.

## Wesen und Ziel der Blockpolitik in der Ostzone

Not zwingt zusammen. Unter diesem Motto stand seit dem Zusammenbruch des Hitlerregimes die politische Arbeit aller Parteien der deutschen Ostzone. Früher als anderswo in Deutschland wurde hier die Bildung der Parteien auf demokratisch-antifaschistischer Grundlage von der Sowjetischen Militärregierung zugelassen. Schon im Frühsommer 1945 traten die beiden alten Arbeiterparteien SPD und KPD auf den Plan, die sich im Frühjahr 1946 dann zur SED vereinigten. Ihnen folgten auf dem Fuße die Liberal-Demokratische Partei und die Christlich-Demokratische Union. Die weltanschaulichen Grundlagen dieser Parteien waren ebenso verschieden wie ihre politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Endziele. Aber sie alle zwang das Chaos, das Hitler hinterlassen hatte, zu gemeinsamer Arbeit, um zunächst die nackte Existenz des Volkes zu retten. Angesichts der dringenden praktischen Tagesaufgaben mußten alle theoretischen Gegensätze in den Hintergrund treten. Für bloße Partei- und Gruppenkämpfe war keine Zeit.

Millionen Flüchtlinge überschwemmten damals das Land. Das Verkehrsnetz war durch die Kriegshandlungen fast ganz zerstört, zahllose Städte lagen in Trümmer, die Felder waren nur zum Teil bestellt. Es gab keine Unterkünfte, es gab keine Betten, es gab überhaupt fast nichts von dem, was lebensnotwendig war, und ohne das Eingreifen der Sowjetischen Militärregierung hätte es nicht einmal Brot gegeben. Die Wirtschaft war zerstört, der Verwaltungsapparat zerbrochen, die höheren Beamten zum großen Teil

geflohen. Man stand vor dem Nichts. Aus diesem Nichts heraus zunächst ein Notdick zu zimmern, war die große Aufgabe. Diese Aufgabe ist gelöst worden. Langsam, wenn auch unter manchen unvermeidlichen Rückschlägen, kam das Wirtschaftsleben wieder in Gang. Von unten auf, aus der Gemeinde, wuchsen neue demokratische Einrichtungen heraus; unter Ueberwindung unsäglicher Schwierigkeiten wurde ein neuer Verwaltungsapparat ausgebaut, gereinigt von der alten reaktionären Bürokratie und anderen faschistischen Ueberbleibseln.

Die drei großen Parteien der Ostzone fanden sich auf dem Boden des allen gemeinsamen Bekenntnisses zur Demokratie und im Kampf gegen den alten gemeinsamen Feind: den Faschismus. Dies ist der ideologische Unterbau jenes antifaschistischen Blocks der Parteien, die seit 1945 das politische Leben der Ostzone beherrschen.

In der Westzone wird Charakter und Wesen dieser Blockpolitik häufig noch völlig mißverstanden. Man verwechselt sie immer wieder mit der alten Koalitionspolitik der Weimarer Zeit. Sie unterscheidet sich aber grundsätzlich von ihr. Jene Koalitionspolitik war das Ergebnis von parlamentarischen Zweckmäßigkeitsabwägungen, häufig sogar von allerlei heimlich abgeschlossenen Fraktionskompromissen. Jede Partei suchte in einer solchen Koalition die andere auszustechen, zu überbieten und besondere Vorteile für sich selbst herauszuschlagen. Eine gemeinsame ideologische Grundlage fehlte ganz oder war nur in schwachen Umrissen vorhanden.

Was hatte beispielsweise in der sogenannten „Großen Koalition“, die von ihrem schwerindustriellen rechten Flügel beherrschte Deutsche

laut zuzuschlagen, wie sie es beim Herannahen ihres Endes angedroht hatten. Die einzelnen Bilder aus den Wahnsinnstagen der „Verteidigung“ Berlins hat Parth mit so lebhaften Farben und so erschreckend wirklichen Bildern dargestellt, daß einem beim Lesen der Atem stockt. Sein kleines Buch gehört zu denen, die dazu beitragen, die Erinnerung an den folgenschwersten politischen Anschauungsunterricht der deutschen Geschichte für alle Zeiten wachzuhalten.

A. B.

Man stelle sich nur einmal vor, wie diese Fragen unter einer parlamentarischen Koalition nach Weimarer Art gelöst worden wären. Im günstigsten Falle hätte es lahme Kompromisse gegeben, wahrscheinlich wäre aber niemals eine

## Zeitprobleme in der Erzählung

Zwölf Jahre lebten wir hinter der braunen Mauer, und von den Dichtungen der Emigranten, die das deutsche Schicksal unter dem Hakenkreuz zum Inhalt hatten, erfuhren wir nur etwas vom Hörensagen. Die deutschen Erzähler, die im Lande blieben, sich jedoch nicht der Nazi-Propaganda verkaufen hatten, waren gezwungen, allen Zeitproblemen, die ihnen unter den Nägeln brannten, ängstlich aus dem Wege zu gehen.

Deshalb ist es nicht weiter erstaunlich, daß die Bücher, die Menschenschicksale unter dem bis vor kurzem leider allzu realen Alptraum der deutschen Schreckensherrschaft gestalten, im Vordergrund das Interesse einer nun wieder mündig gewordenen deutschen Leserschaft ziehen. Der Nachfrage nach Zeitbüchern, der der Aufbau-Verlag mit einem besonders reichen Programm entgegenkommt, vermag die Buchproduktion kaum zu folgen.

Die Konflikte der Gestalten aus Friedrich Wolfs Zeitdramen — das tragische Verhältnis deutscher Menschen, entweder sich unterwerfen zu müssen und Mitschuldiger zu werden oder sich aufzulehnen und sich selbst zu opfern — beherrschen auch seine beiden Erzählungen, die er während des Krieges in der Emigration schrieb. „Der Russenpelz“ heißt die eine, die den verzweifelten Kampf antifaschistischer Arbeiter und aus dem Osten heimkehrender verwundeter Soldaten schildert. Wir erleben den Kampf der Illegalen im rheinischen Industriegebiet und die ersten Bombenstürme über Köln. Zwei junge Arbeiterpaare beweisen, daß die Solidarität über den schwersten Terror triumphierte.

In der „Heimkehr der Söhne“ zeigt Wolf an einigen anekdotisch, ja behaglich erzählten Episoden, das typische Verhalten kleinbürgerlicher Menschen auf, die erst aus einer Art Trance zu erwachen beginnen, als die Bomben sie in der Idylle ihrer gut ausgestatteten Kleinwelt aufschrecken. Eine Mutter kämpft um ihre drei Söhne, die ihr der Hitlerkrieg zu verschlingen droht. Ein rührend komischer alter Lehrer wehrt

sich gegen die ihm aufgezungenen Geschichtsfälschungen, mit denen er die Jugend vergiften soll. Junge Urlauber der Wehrmacht geraten mit den Heimatkriegern der SS und der Gestapo aneinander und erfahren, daß der Terror auch vor Frontsoldaten, die sich ausgezeichnet haben, nicht Halt macht. Dazwischen spielen Liebesgeschichten mit berlinischem Lokalkolorit und breit ausgefaltete Milieustudien aus den Luftschutzkellern während der ersten schweren Bombenangriffe.

Doch kann selbst das stärkste dichterische Einfühlungsvermögen nicht immer der persönlichen Erfahrung entzogen. Augenzeugenberichte haben eben dieser von Wolf gepflegten Form der pragmatischen Kalendarische mit einer politischen statt der einst üblichen moralischen Nutzanwendung vor allem das voraus, daß in ihnen die Erregung des Selbsterlebens nachzittert. Theodor Pfeifer war auch kein Landsler in Hitlers Streitmacht, aber er hat die apokalyptische Kriegslandschaft von Stalingrad selbst gesehen. Er hat den Ueberlebenden der Katastrophe Auge in Auge gegenübergestanden und hat — wie er selbst bezeichnet — als Organisator fremder Erlebnisse die Summe des Schreckens gezogen. So wird sich sogar der Voreingenommene der Wucht der dargestellten Tatsachen eher beugen als dem empfundenen Schilderungen, Wolfgang W. Parth Reportage „Die letzten Tage“ reicht freilich nicht an die Größe von Pfeifers epischer Konzeption heran. Indessen hat sein lebendiger und spannender Bericht die Stunde für sich. Er schrieb sich das von der Seele, was uns vor einem Jahr alle bewog: die Erschütterung dieses Endes mit Schrecken. Er schildert die verzweifelten Versuche einer kleinen Gruppe, in der Mehrzahl Fahnenflüchtiger des Hakenkreuzes, das sinnlose Verhältnis in seinem Endstadium abzukürzen. Aber diese wenigen aufrechten Kerle waren zu schwach, das Regime der Mörder und Selbstmörder daran zu hindern, die Tür hinter sich so

laut zuzuschlagen, wie sie es beim Herannahen ihres Endes angedroht hatten. Die einzelnen Bilder aus den Wahnsinnstagen der „Verteidigung“ Berlins hat Parth mit so lebhaften Farben und so erschreckend wirklichen Bildern dargestellt, daß einem beim Lesen der Atem stockt. Sein kleines Buch gehört zu denen, die dazu beitragen, die Erinnerung an den folgenschwersten politischen Anschauungsunterricht der deutschen Geschichte für alle Zeiten wachzuhalten.

A. B.

### Uraufführung in Konstanz

### „Babel“ - ein Tendenzstück?

Konstanz. Mit der Uraufführung des Schauspiel „Babel“ von Günther Weisenborn ist das Stadttheater Konstanz mutig zum zeitproblemmatischen Drama vorgedrungen. Seit der Aufführung von Bert Brechts „Mutter Courage“, die ebenfalls in Konstanz herausgebracht wurde, hat kein modernes Schauspiel soviel Interesse wachgerufen wie dieses neue Werk des Dichters der „Illegalen“.

Das Stück überraschte und regte schon durch die Eigenart seiner Form an, mit der es einen realistischen Stoff in das Gewand reiner Theatralik hält. Wie aus den lebhaften Diskussionen hervorging, die sich der eindrucksvollen Darstellung (Inszenierung Wolfgang Engels) angeschlossen, fragte man sich: ist „Babel“ überhaupt ein Tendenzstück oder nicht? Manche entschieden sich dafür, es sei nichts als ein spannender Kriminalreißer; konnten aber doch nicht die Tatsache verleugnen, daß eine Fülle aktueller Fragen, aus dem, was sie sahen und hörten, heraussprang.

Wer nur im Hinblick auf den Handlungsverlauf von einem „wüsten Kriminalreißer“ spricht, hat insofern recht, als es in dem Stück sehr wüst und verbrecherisch zugeht. Aber damit ist durchaus nichts gegen seinen künstlerischen Wert gesagt. Wir brauchen nur einmal an die Vor-

gänge in vielen Dramen von Shakespeare oder Schiller zu denken. Das Wesentliche ist, was hinter der Handlung steht. In Weisenborns Dichtung ist es die Anklage gegen ein den Menschen verderbendes und die Menschlichkeit abtötendes Prinzip.

Weisenborn selber bezeichnet den Stil seines neuen Stückes als transparenten Realismus. Wir dürfen daher die handelnden Personen, die zum Teil in Monologen und mit einer felerlich klingenden Sprache reden, wobei sie uns an die großen Bösewichte in klassischen Dramen erinnern, nicht naturalistisch auffassen. Sie sind nicht die fotografisch getreuen Abbilder einer uns bekannten Wirklichkeit. Sie sind vielmehr in ihren großen, vereinfachten Umrissen nur als Symbole zu verstehen. Es wäre also auch ganz falsch, hier eine konkrete Darstellung des kapitalistischen Systems zu suchen. „Babel“ zeigt uns an einem extremen Beispiel den Menschen in seiner Unmenschlichkeit und als Opfer seiner eigenen Profitgier. Spieler und Gegenspieler sind Kapitalisten unter sich. Mit Ausnahme eines tapferen Arbeiters, der sich auflehnt, aber sofort niedergeschlagen wird, tritt niemand hervor, um dem Geschehen eine Wendung zu geben, wie sie überlebten Vorstellungen von einem sozialistischen Tendenzstück entspricht. Es wird hier nicht auf bloße Art der Reiche verdammt und der Arme verherrlicht. Auch die Nebenpersonen als Vertreter des proletarischen Standes, wie der Schenkwärter, die Wirtin und das Stubenmädchen im schäbigen Hotel, unterliegen der verführerischen Macht des Geldes. So bleiben die Zustände in Babel von Anfang bis Ende des Stückes die gleichen.

Aber weshalb hat sich der Dichter nicht entschieden, weshalb zeigt er keinen Ausweg aus dem dargestellten Chaos? hört man hier und dort fragen. Nun, ich glaube, er hat sich entschieden, und zwar dahingehend: daß wir die Schlüsse aus dem, was uns seine Dichtung klar und deutlich als das Beispiel eines unmenschlichen Systems vor Augen führt, selber zu ziehen haben.

E. B.

